Z 1914 2 664.

Dieses Blatt wird den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher bereits als **Abend-Ausgabe** zugestellt, während die Abonnenten am Morgen in einer Ausgabe erhalten.

53. Jahrgang. № 180. Donnerstag, 1. Juli 1909.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Fernsprecher: 11 · 2096 · 3601.

Bezugsgebühr vierteljährlich, für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2.40 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 2.50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gebündelt zugesandt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Anzeigen-Tarif. Annahme von Ankündigungen bis vorm. 9 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Lanolin-Seife mit dem „Pfeilring" 25 Pfg. per Stück.

GALERIE E. ARNOLD 34 Schloß-Straße 34. Neu ausgestellt: Gemälde von **Eduard Krause-Wichmann, Friedr. Prölß, J. V. Carstens** etc.

Für eilige Leser.

Der König hat heute früh die Landesreise im Regierungsbezirk Chemnitz angetreten. Die Rückkehr erfolgt Freitag.

Vom Landgericht Leipzig wurde heute der falsche „Graf Wedel" zu 5 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Der Reichstag beschäftigte sich heute mit sozialdemokratischen Interpellationen betr. Suspension der Getreidezölle und betr. Einfuhrscheine.

Ein Kompromiß bez. der Reichsfinanzreform wird dahin angestrebt, als Ersatzsteuern für die von der Regierung abgelehnte Kotierungs-, Mühlenumsatz- und Kohlensteuer solche gelten zu lassen, die die Börse belasten, u. a. eine Dividenden-, Effekten- und Immobilien-Umsatzsteuer.

Die Konservativen werden, der „Frankf. Ztg." zufolge, die Kotierungs-, die Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll und event. die Erhöhung des Umsatzstempels aufgeben.

Fürst Eulenburg ist in Berlin eingetroffen.

Die österreichische Marineverwaltung wird im Herbst mit einem neuen Schiffsbauprogramm hervortreten, das 270 Millionen Kronen erfordert, sich aber auf 5 oder 6 Jahre verteilen soll.

Neueste Drahtmeldungen vom 30. Juni.

Zur inneren Krisis.

Berlin. (Priv.-Tel.) Aus der Umgebung des Fürsten Bülow wird geschrieben: Wenn behauptet wird, der Rücktritt des Fürsten erfolgte, weil er Grund zu der Annahme habe, daß die Vorgänge der letzten Novembertage beim Kaiser nicht in Vergessenheit geraten seien, so ist dies eine Entstellung der Tatsachen, die nur auf völliger Unkenntnis oder auf einer absichtlichen Täuschung beruhen kann, denn der Kanzler weiß, daß er die unerschütterliche Gunst des Monarchen besitzt, der durch die Form, in der er das Entlassungsgesuch Bülows annahm, unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, wie schwer er sich von dem leitenden Staatsmann trennt, der in der Kraft der Jahre und im Vollbesitze des kaiserlichen Vertrauens noch lange zum Nutzen des Landes im Amte bleiben könnte. Und gerade hierin liegt der Unterschied zwischen dem Rücktritt Bülows und dem seiner Vorgänger. Bismarck, Caprivi und Hohenlohe schieden aus dem Amt, weil sie das Vertrauen des Kaisers nicht mehr besaßen; Bismarck dazu im Alter von 75 Jahren, der zweite Kanzler seelisch völlig gebrochen und sein Nachfolger durch das Alter verbraucht. Fürst Bülow aber legt in voller Rüstigkeit sein Amt in die Hände des Monarchen zurück, dessen durch keine Ereignisse der Vergangenheit getrübte Gunst er besitzt; nur allein, weil Parteiegoismus und parlamentarische Macht ihm die Weiterführung der Geschäfte unmöglich machen. Es ist auch eine durch nichts erwiesene und unerweisliche Behauptung, der Kanzler habe zu einem neuen Wahlkampf sich nicht mehr jugendlich genug gefühlt, denn nur rein sachliche Erwägungen haben in dieser Frage den Ausschlag gegeben. Wer aber für den Kanzlerrücktritt nach solchen Scheingründen sucht, offenbart damit das Bestreben, die eigene nationale Schuld an der inneren Krise von sich abzuwälzen.

Karlsruhe. In einem Artikel „Entschuldigungsversuche" schreibt die „Südd. Reichskorr.": Ein unparteiisches Blatt bemerkt zur Rechtfertigung der Konservativen, sie hätten den Rücktritt des Reichskanzlers nicht gewollt. Diese Art der Entschuldigung sollten die Konservativen selbst ablehnen. Die konservativen Führer durften keinen Augenblick im Zweifel sein, was sie taten, als sie unter polnischem Beistand eine Mehrheit gerade gegen diese Vorlage zustande brachten. Zentrum und Polen wollten von vorherein die Schwierigkeiten der Reichsfinanzreform zum Sturze des Reichskanzlers benutzen, dafür suchten sie Helfer und fanden die Konservativen.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Wie der „Frankfurter Ztg." gemeldet wird, werden die Konservativen die Kotierungs-, die Mühlenumsatzsteuer und den Kohlenausfuhrzoll und vielleicht die Erhöhung des Umsatzstempels aufgeben.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Haus ist schwach besetzt. Abg. Mottenbuhr begründet die **sozialdemokratische Interpellation** auf zeitweilige Aufhebung der Getreidezölle, der Zölle auf Futtermittel, sowie der Ausfuhrscheine auf Getreide. Er führt aus: Die Löhne sinken immer mehr, besonders im Bergbau und das Brot wird immer teurer, teils unter der Wirkung des Zolltarifs von 1902, teils infolge der auf Grund des Ausfuhrscheinsystems gestiegenen übermäßigen Zunahme der Ausfuhr von Getreide. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß das Brot billiger werde, oder sie müsse den Arbeitern höhere Löhne verschaffen. Fürst Bülow hat während seiner ganzen Amtstätigkeit so gut wie ausschließlich agrarischen Interessen gedient. Auch jetzt sollen ja denselben Leuten, die schon unter den hohen Brotpreisen leiden, wieder 400 Millionen Verbrauchssteuern aufgeladen werden. Wir leben in einer Zeit, in der es noch einmal zu einem offenen Konflikt mit den Agrariern kommen muß. Schon 1898 habe Kollege Schippel ausgesprochen, daß die Begehrlichkeit der Agrarier keine Grenzen kenne. Einmal werde es auch zur Auflösung kommen müssen, und zwar mit der Parole: Für oder wider die Agrarier. Die Regierung wird zu diesem Schritte greifen müssen, wenn sie nicht zu einem bloßen Werkzeuge der Agrarier sich herabwürdigen will. — Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg: Ich nehme die Frage der Einfuhrscheine vorweg. Die Budgetkommission hat sich heute damit befaßt und ist zu dem Beschluß gekommen, daß die Frage noch nicht reif sei. Die Kommission hat ferner die Regierung um eine Denkschrift über diese Frage gebeten. Die Regierung wird selbstverständlich, wenn das Plenum sich diesem Wunsche anschließt, dem entsprechen. Unter diesen Umständen werden Sie es mir nicht verdenken, wenn ich heute auf diese Einfuhrscheinfrage nicht wieder näher eingehe. Was den Zolltarif anlangt, und das Verlangen nach zeitweiliger Suspension des Getreidezolles, so sind solche Wünsche immer in Zeiten stark schwankender Preise aufgetaucht. Die Regierungen sind nach wie vor der Ansicht, daß sie wegen solcher vorübergehender Preissteigerungen nicht von der Grundlage einer wohlüberlegten Wirtschafts-Politik ablassen dürfen. wohlüberlegten wirtschaftlichen Politik ablassen dürfen. (Beifall rechts.) Es ist nur konsequent, wenn sie an einer einmal für richtig befundenen Politik festhalten und sich davon nicht abwenden, wenn einmal vorübergehend starke Preisschwankungen eintreten. Man kann nicht, so wie Sie es wollen, ein Stück aus dem Gebäude unserer Wirtschaftspolitik herausnehmen, ohne das Ganze zu gefährden. (Sehr richtig! rechts.) Man kann sich da nicht gleich durch eine vorübergehende Erscheinung beeinflussen lassen. Ich kann mich auch nicht einmal davon überzeugen, daß durch den Vorschlag der Herren das erreicht werden würde, was sie erstreben. Die Getreidepreise sind auch jetzt nicht enorm hoch. Im Herbst 1907 waren sie höher als jetzt für Roggen. 1908 waren die Preise gefallen, jetzt sind sie allerdings erheblich gestiegen, aber sie sind noch nicht wieder so hoch als 1907. Vergessen Sie auch nicht, daß unsere Getreideproduktion sich unter dem Einfluß unserer Wirtschaftspolitik stark gehoben hat. Der Anteil ausländischen Getreides an unserer Versorgung ist infolgedessen dauernd gesunken. Ein erfolgreicher Getreidebau ist für uns außerordentlich notwendig. Ein Rückgang desselben könnte für uns unter Umständen geradezu zu einer Kalamität werden. Der Staatssekretär weist weiter gegenüber dem Vorredner darauf hin, wie ja auch die Schweinepreise wieder zurückgegangen seien, und schließt: Die Folgen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Depression würden sich bei einem Verlassen unserer Wirtschaftspolitik noch verbreitern und verschärfen, gerade für diejenigen Erwerbskreise, deren Gedeihen von wesentlichem Vorteil für unsere ganze Industrie ist. Auf derartige Experimente können sich daher die verbündeten Regierungen nicht einlassen, sondern sie halten im wohlverstandenen wirtschaftlichen Interesse des Ganzen fest an der bewährten Wirtschaftspolitik, die sie einst unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages eingeführt haben. (Beifall rechts und im Zentrum.) — Auf Antrag des Abgeordneten Singer wird Besprechung der Interpellation beschlossen.

(Fortsetzung im Morgenblatte.)

Aus den Reichstagskommissionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Budgetkommission des Reichstages legte heute vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. Erzberger (Zentr.) zu Protokoll Verwahrung ein gegen Berichte der „Magd. Ztg." und insbesondere der „Köln. Volksztg.", über die Verhandlungen der Budgetkommission betreffend die Beamtenbesoldung, die sich in sehr unfreundlicher Weise mit seiner Person beschäftigt hätten. Er gab seinem Erstaunen über diese Kritik vor allem in der „Köln. Volksztg.", besonders deshalb Ausdruck, weil die Verhandlungen vertraulich gewesen seien. Der Vorsitzende der Kommission bestätigte den vertraulichen Charakter jener Verhandlungen. Dann beriet die Kommission über den Nachtragsetat, der den Erwerb eines zweiten Truppenübungsplatzes für das Gardekorps und des Uebungsplatzes für die Eisenbahnbrigade betrifft, sowie im Zusammenhange damit die Veräußerung eines Teils des Tempelhofer Feldes. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Kommission ihr Einverständnis ausspricht. Dann wurde der Antrag der Freisinnigen über die Einfuhrscheine beraten. Der Antrag bezweckt eine Herabsetzung der Geltungsfrist der Einfuhrscheine von 6 auf höchstens 3 Monate, sowie die Beschränkung ihrer Geltung zur Zollentrichtung auf die Warengattung, für welche bei der Ausfuhr der Einfuhrschein erteilt worden ist. Dieselbe Angelegenheit behandeln Petitionen von deutschen Müllerverbänden, Müllervereinigungen, Handelskammern usw. Referent ist Abg. Günther-Plauen (freis. Volksp.). Der Antrag der Freisinnigen wurde nach längerer Beratung abgelehnt. Angenommen wurde dagegen ein Zentrumsantrag, der die Regierung zu einer Denkschrift über die Frage der Einfuhrscheine auffordert.

Von der Zwischenlandung des „Zeppelin I" in Bibrach.

Friedrichshafen. (Von unserem Sonderberichterstatter.) Heute früh brachten Monteure einen während der Nacht in Manzell reparierten, bei der Landung beschädigten Konstruktionsteil im Automobil nach Bibrach zurück. Ein mitfahrender Monteur erzählte, daß die Belastung des Luftschiffes infolge des Wolkenbruchs trotz Abgabe allen Ballastes so stark gewesen sei, daß das Luftschiff ziemlich rasch gefallen sei, wobei die

Kunst und Wissenschaft.

†r **Konzert des Koschat-Quintetts.** Wenn Thomas Koschat mit seinem Quintett kommt, so findet er immer willige Hörer in großer Anzahl. Auch gestern hatte der Ruf des Komponisten von „Verlassen bin i" den weiten Raum vor dem Konzertpodium des Zoologischen Gartens bis auf die Terrassen hinauf dicht gefüllt. Freilich, mit allzu hohen musikalischen Anforderungen darf man an die Mehrzahl der Lieder, die er bietet, nicht herantreten. Sie sind Nachbildungen des Kärtner Volksgesanges, und so überaus schlicht, wie sich dieser Volksstamm im Worte gibt, so naiv sind auch seine Weisen, „schlichte Weisen" im ursprünglichsten Sinne des Wortes. Die Koschatschen Gesänge setzen darum, wenn sie zu voller Wirkung gelangen sollen, Hörer voraus, die sich naiv und ohne Reflexionen dem Genusse dieser volkstümlichen Kunst hinzugeben vermögen und willig die starke Dosis Sentimentalität mit hinnehmen, ohne die es nun einmal weder im eigentlichen Kärtner Volkslied noch bei Koschat abgeht. Eine einfache, fangliche Dur-Melodie, gekennzeichnet durch einen leisen Ton leichter Klage, der fast regelmäßig auch in die Freude hineinklingt, getragen von der klaren Harmonik der Hauptdreiklänge und häufig begleitet von der über die Melodie schlagenden Dominantseptime, das ist eigentlich schon alles, was Koschat musikalisch bietet. So kommt es, daß sich fast alle seine Lieder ähneln und daß man es beinahe angenehm empfindet, wenn das Programm einmal durch ein Lied unterbrochen wird, das sich, wie die gestern zugegebene „Ballade vom Ritterlein" — wohl von Adolf Kirchl — ein wenig von diesem Pfade entfernt! Uebrigens war gerade diese Zugabe ein wahres Kabinettstückchen der Vortragskunst, vortrefflich pointiert und mit prächtigem Humor gesungen. Sonst sang man im bunten Wechsel alte, längst bekannte und neue Lieder, meist von Koschat, wobei man freilich die Beobachtung nicht unterdrücken konnte, daß an Unmittelbarkeit der Erfindung die älteren den jüngeren („Der Thome vom Kärntnerland", „In Blitzdorf bei Sankt Stefan" u. a.) stark überlegen waren. Das Publikum aber nahm alles dankbar hin und überschüttete den Komponisten und seine Sänger nach jeder Nummer mit Beifall. —er.

Berliner Leben.

E. Berlin, 29. Juni.

„Das Rollen der Begebenheit", um mit Faust zu reden, haben wir in der deutschen Reichshauptstadt dieser Tage nur zu deutlich vernommen. Reichsfinanzreform — Ablehnung der Erbanfallsteuer — Reichskanzlerkrise — das schwirrte nur so durch die Luft und hielt alle Welt in Atem. Auch der Chronist darf daran nicht achtlos vorübergehen — wird doch das Berliner Leben auch von diesen politischen Ereignissen stark beeinflußt. Sonst war es um diese sommerliche Jahreszeit langsam eingeschlafen, waren die Möbel in allen besseren Wohnungen bereits eingemottet und die Koffer von den Böden heruntergeholt. Man rüstete sich zu dem großen Reisen, das zu Beginn der Schulferien wie eine Epidemie um sich zu greifen pflegt. Heuer ist davon nicht halb so viel zu verspüren, wie in vergangenen Jahren. Die Unsicherheit der politischen Lage, die fast von Tag zu Tag ihr Gesicht verändert und neue überraschende Züge aufweist, hält viele Familienväter vorläufig noch vom Reisen zurück. Sie sind bis auf weiteres an die Scholle gefesselt, nicht nur die Politiker von Fach, sondern auch zahlreiche Industrielle, Finanzleute und Gewerbetreibende. Für manche, die der schlechten Zeiten wegen das kostspielige Reisen sowieso gern unterlassen hätten, ist dies ein willkommener Vorwand. Sie können „mit Anstand" darauf verzichten, ohne sich vor ihren Bekannten „schämen" zu müssen oder ihren Kredit zu schädigen. „Die dumme Politik!" heißt es, „sie macht uns einen Querstrich und bringt uns diesmal um unsere ersehnte Erholungsreise!" Noch nie zuvor las man in Berliner Blättern so zahlreiche Anzeigen, in denen sich Lehrer erbieten, Kinder, deren Eltern verhindert sind, selbst zu reisen, mit auf die Reise zu nehmen. Noch nie zuvor ist von solchen Anerbietungen ein so reichlicher Gebrauch gemacht worden wie diesmal. Alle die billigen Sommerfrischen in der Mark nahe bei Berlin werden in diesem Jahre von solchen Pensionären überfüllt sein, und manche Eltern werden bei der Gelegenheit sicher die Erfahrung machen, daß ein Aufenthalt in einfachster, friedlicher Landstille für ihre Sprößlinge viel zuträglicher ist, als die Unruhe in üppigen Modebädern. Hoffentlich werden sie daraus für die Zukunft die entsprechende Lehre ziehen.

Aber auch die vorläufig in Berlin zurückbleibenden Nichtreisenden werden ihre Erfahrungen machen. Sie werden erkennen, viele zu ihrem Erstaunen, daß die Reichshauptstadt auch als notgedrungene „Sommerfrische" manche Vorzüge besitzt. Es wird ja immerhin noch genug gereist werden, so daß die Ueberfüllung einzelner Lokale aufhören, der Lärm auf den Straßen einigermaßen nachlassen und die Unruhe des Berliner Lebens einer wohltuenden Gemächlichkeit und Friedsamkeit weichen wird. Trotzdem bietet auch das sommerliche Berlin Zerstreuungen in Masse. Neuerdings sogar, seitdem wir draußen bei Kroll eine wirklich anständige Sommeroper besitzen, seitdem einige Vergnügungslokale, wie die prächtigen Terrassen in Halensee, einen wirklich großartigen Charakter erhalten haben, können wir es in dieser Beziehung auch mit anderen berühmten Sommerstädten einigermaßen aufnehmen. Hat doch sogar Hermann Gura, der tüchtige und erfolgreiche Leiter der Kroll-Oper, den gelungenen Versuch gemacht, eine „Meistersinger"-Aufführung mit Feinhals und Geis aus München nicht nur im Bayreuther Stil, sondern auch in Bayreuther „Aufmachung" zu bieten. Sie begann — natürlich an einem Sonntag — um 5 Uhr nachmittags, und es gab nach dem zweiten Aufzug eine einstündige Souperpause, die einen ebenso vollen Erfolg hatte, wie die Aufführung selbst, die trefflich war. Dieser Vorgang hat unternehmende Spekulanten veranlaßt, einem schon lange erwogenen Plane jetzt näher zu treten. Sie haben der Königlichen Generalintendantur ein verlockendes Angebot wegen Ankaufs des Krollschen Lokals gemacht, auf dessen umfangreichem Gebiet sie ein Opernhaus nach Bayreuther